Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2014

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2014 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 30. Oktober 2013

Einleitung 3

Bundeskanzlei 4

Departement für auswärtige Angelegenheiten 6

Departement des Innern 11

Justiz- und Polizeidepartement 14

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport 17

Finanzdepartement 19

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung 22

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation 26

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422–4518
Art.-Nr. 104.614.D

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente berücksichtigt nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr. Für die Festlegung ihrer Ziele sind die Departemente selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu konkretisieren oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird die Zusammenstellung der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung der Ziele spiegelt sich in der Form ihrer Präsentation im vorliegenden Dokument wider: Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2014 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2014 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2015 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:
* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2014

Bundeskanzlei

Ziel 1: Umsetzung der Aufträge aus der Revision des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG)

- Die Ausführungsbestimmungen in der Organisationsverordnung für den Bundesrat, in der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung, in der Organisationsverordnung für die Bundeskanzlei und im Kompendium für den Bundesrat sind bis Ende September 2014 erarbeitet und durch den Bundesrat genehmigt.*
- Das Sekretariat für die Bundesrats-Ausschüsse erfüllt seine Aufgaben ab dem 1. Januar 2014.*
- Das neue System für das Bundesratscontrolling ist bis Ende September 2014 für eine Inbetriebnahme ab 2015 vorbereitet.*
- Der Präsidialdienst und die Krisenfrüherkennung sind bis Ende September 2014 konzeptionell, inhaltlich und personell aufgebaut und bereit, ihre Aufgaben ab dem 1. Januar 2015 zu erfüllen.*

Ziel 2: Effiziente, prozess- und zielgerichtete Aufgabenerfüllung

- Der Bundesrat hat den Bericht «Perspektiven 2030» bis Ende 2014 zur Kenntnis genommen.*
- Die Revisionsarbeiten an den Verordnungen im Publikations- und im Vernehmlassungsrecht sowie im Bereich der politischen Rechte sind abgeschlossen.
- Das Kreisschreiben und der Leitfaden für die Nationalratswahlen 2015 sind bis Ende September 2014 dem Bundesrat unterbreitet.
- Die Vorbereitungen für die Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen für die Amtsperiode 2016 bis 2019 sind bis Ende September 2014 beendet.
- Die Vereinbarung zum Schweizer Portal «ch.ch» ist verlängert.

Ziel 3: Zeit- und fachgerechte Umsetzung der strategischen Projekte

- Die überarbeiteten Rechtsgrundlagen für die elektronische Stimmabgabe sind bis Ende März 2014 in Kraft getreten, die neuen Bewilligungsverfahren von der Bundeskanzlei ab der Mai-Abstimmung 2014 erfolgreich eingesetzt und die Kantone bei der Umsetzung der neuen Sicherheitsanforderungen und der schrittweisen Erhöhung des zugelassenen Elektorats unterstützt.*
- Das Suchsystem Bund ist von der Generalsekretärenkonferenz beschlossen.
- Die Erneuerung der Website www.admin.ch ist bis Ende 2014 abgeschlossen.

- Zur Ablösung von EXE und zur Weiterentwicklung der überdepartementalen Prozesse (ÜDP) ist bis Ende März 2014 die WTO-Ausschreibung bzw. ein konkreter Auftrag an das BIT erfolgt und bis Ende September 2014 ein Werkvertrag mit dem künftigen Anbieter unterzeichnet.
- Das Verfahren «Aufbau Kern KAV modern» ist bis Ende Juni 2014 abgeschlossen, und die nachfolgenden Schritte sind bewilligt.
- Das Pilotprojekt E-Vernehmlassung ist bis Ende September 2014 durchgeführt und das weitere Vorgehen seitens der BK genehmigt.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Pflege und Ausbau unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten mit einem besonderen Augenmerk auf die Grenzregionen und einer raschen und nachhaltigen Lösung bestehender Herausforderungen

- Die Beziehungen mit den Nachbarstaaten sind in den wichtigen Sachbereichen weiter vertieft. Die Beziehungen werden namentlich durch eine Intensivierung der politischen und diplomatischen Kontakte, der Zusammenarbeit in den Fachkommissionen und den Abschluss von Kooperationsabkommen gefestigt.*
- Die Beziehungen zu Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich, Liechtenstein sowie Grossbritannien sind in den prioritären Bereichen weiter vertieft. Es wird kontinuierlich an der Entwicklung konkreter bilateraler, multilateraler und internationaler Projekte mit diesen Ländern gearbeitet.

Ziel 2: Erneuerung und Vertiefung unserer Beziehungen zur Europäischen Union unter langfristiger Wahrung unseres politischen Handlungsspielraums und unserer wirtschaftlichen Interessen

- Die Schweiz und die EU führen auf der Grundlage des vom Bundesrat verabschiedeten Verhandlungsmandats Verhandlungen über die institutionellen Fragen.*
- Die Schweiz und die EU haben erste Verhandlungen über die Sicherheit von chemischen Produkten aufgenommen. Die Verhandlungen über ein Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU sind abgeschlossen. Die Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Produktsicherheit und öffentliche Gesundheit sind weitergeführt. Machbare Marktöffnungsschritte im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft werden mit der EU geprüft.*
- Der im Juli 2012 aufgenommene Dialog mit der Europäischen Union über die Unternehmensbesteuerung ist abgeschlossen. Auf der Grundlage des 2013 verabschiedeten Verhandlungsmandats führt die Schweiz Verhandlungen mit der EU im Hinblick auf eine Revision des Zinsbesteuerungsabkommens.*
- Die Schweiz und die EU schliessen die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen ab, das die Teilnahme der Schweiz an den friedenserhaltenden Missionen im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU regelt.*
- Die Botschaft zum bilateralen Abkommen betreffend Teilnahme am europäischen Programm MEDIA 2014–2020 zur Förderung der europäischen audiovisuellen Industrie und die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz am Emissionshandelssystem der EU (ETS) sind verabschiedet.*
- Die Botschaft zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien (Protokoll III) ist verabschiedet. Gleichzeitig ist die Botschaft über den Beitrag der Schweiz zugunsten Kroatiens, der zur Verminderung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in der erweiterten Europäischen Union beitragen soll, verabschiedet.*
- Die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ist verabschiedet.*

- Die Zusatzvereinbarung zur Beteiligung der Schweiz an der IT-Agentur im Rahmen von Schengen-Dublin ist vom Bundesrat unterzeichnet.*
- Der Bundesrat hat die allfällige Aufnahme von Verhandlungen mit der EU zur Teilnahme der Schweiz an der Prümer Zusammenarbeit (vereinfachter und verstärkter Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden) entschieden.*

Ziel 3: Fortsetzung und Anpassung des Engagements der Schweiz zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entferntere Nachbarschaft») und in der übrigen Welt*

Völkerrecht

- Die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 10. und 11. Juni 2010 betreffend das Verbrechen der Aggression und Kriegsverbrechen ist verabschiedet.*
- Im Rahmen der gemeinsamen Initiative der Schweiz und des IKRK für die bessere Einhaltung des humanitären Völkerrechts werden verschiedene Staatentreffen organisiert mit dem Ziel, die Modalitäten, die Inhalte und die Aufgaben einer zukünftigen Konferenz der Vertragsstaaten der Genfer Konventionen zu definieren.
- Durch die Definition von best practices in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen Organisationen trägt die Schweiz bei zur allgemeinen Steigerung der Effizienz der Verfahren für die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Gelder an ihre Ursprungsländer.
- Die Schweiz befasst sich mit der Frage der Entführungen gegen Lösegeld, indem sie eine dem Mittelmeerraum gewidmete Regionalkonferenz der OSZE unterstützt, um weitere Entführungen zu verhindern oder zu beenden, um den Terroristen die Vorteile, die ihnen aus der Bezahlung von Lösegeldern erwachsen, zu entziehen und um die Geiseln sicher zu befreien.*

OSZE-Präsidentschaft

- Mit Blick auf den OSZE-Vorsitz der Schweiz 2014 engagiert sich das EDA verstärkt auf regionaler Ebene für die Konfliktlösung, insbesondere für Regionale Zusammenarbeit und Versöhnung im Westbalkan und für Dialog und Vertrauensbildung im Südkaukasus.*
- Im Rahmen ihrer OSZE-Präsidentschaft lädt die Schweiz im Dezember 2014 die Aussenminister der OSZE-Staaten zu einem Ministertreffen nach Basel ein. Zudem organisiert sie im April 2014 eine internationale Konferenz in Interlaken zum Thema Terrorismusbekämpfung, welche zum Ziel hat, die internationale Zusammenarbeit sowie die Einhaltung und Umsetzung von Menschenrechts- und Rechtsstaatsprinzipien in diesem Bereich zu stärken.
- Der OSZE-Vorsitz wird genutzt, um der Bevölkerung die Bedeutung der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen näherzubringen und zu zeigen, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Bewältigung internationaler Herausforderungen beitragen kann.

Internationale Zusammenarbeit

- Die Schweiz akzentuiert ihren Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen mit folgenden Schwerpunkten 2014: Zusammenarbeit mit FAO, Prinzipien für verantwortungsvolle Investitionen in die Landwirtschaft; Umsetzung der Wasserstrategie; Thematischer Wirkungsbericht über Klimawandel; Ausarbeitung zweiter Rahmenaktionsplan zur Verringerung des Katastrophenrisikos (Hyogo-Prozess); Ausbau internationales Genf zu einem globalen Kompetenz-Zentrum in diesem Bereich; Umsetzung der Strategie «Migration und Entwicklung»; innovative Finanzierung von Gesundheitssystemen, Zugang zu Heilmitteln und Medizinprodukten (Lancet Prozess).
- Die Schweiz setzt sich im bisherigen Prozess zur Ausarbeitung der UNO-Agenda für nachhaltige Entwicklungsziele (post 2015) insbesondere für folgende Einzelziele ein: Wassersicherheit, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung sowie Frieden und Sicherheit.*
- Die Schweiz verstärkt gemäss Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 die Anstrengungen in Bezug auf Politikkohärenz für Entwicklung in den Bereichen Migration, Landwirtschaft, Gesundheit, Sicherheit, Finanzen, Umwelt sowie Bildung, Forschung und Innovation.
- Die Schweiz setzt ihre Verpflichtungen zur Erhöhung der Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit um (OECD/DAC Peer Review, Busan Partnerschaft, UN). Der Bundesrat nimmt Kenntnis von den Empfehlungen des Prüfberichtes vom Entwicklungsausschuss der OECD.

Ziel 4: Stärkung und Diversifizierung unserer strategischen Partnerschaften; Engagement für eine bessere globale Gouvernanz mit Fokus auf Themen, in denen die Schweiz über ein besonderes Knowhow verfügt, und konsequente Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

Strategische Partnerschaften

- Die Beziehungen zu regionalen Organisationen und Partnerschaften (u.a. Alianza del Pacifico, African Union, Asia-Europe Meeting ASEM) sind sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Ebene gestärkt.
- Eine Analyse der Situation in der MENA-Region (Nahost und Nordafrika) wird vorgenommen, um das Engagement der Schweiz für jedes Szenario zu definieren.*
- Das EDA unterstützt über inklusive Dialoge und den Aufbau lokaler Expertise in den Bereichen Konflikttransformation, Gouvernanz und Menschenrechte die politischen Transitionen in Nordafrika und trägt so zum dortigen friedlichen Zusammenleben und zur Entschärfung von Krisen bei. Zudem setzt sich das EDA für eine politische Lösung der Syrien-Krise ein.

Genf als Standort für internationale Organisationen

- Die ersten Massnahmen dieser neuen Strategie zur Stärkung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz als Gaststaat dank dem internationalen Genf sind umgesetzt, und eine Botschaft, die diese Strategie weiter vertieft, ist vom Bundesrat verabschiedet.*

- Das Engagement für die Stärkung der Schweiz als Gaststaat dank dem internationalen Genf bedingt ebenfalls eine Fortsetzung der Bemühungen der Schweiz zugunsten des Projekts der Vereinten Nationen bezüglich Renovierung des Palais des Nations in Genf (Strategic Heritage Plan).
- Der Umzug der drei Zentren in Genf (Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Genfer internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung) in das «Maison de la paix» ist vollzogen. Eine neue Botschaft für einen Rahmenkredit (2016–2019) zugunsten der Genfer Zentren ist verabschiedet.*

Engagement für eine bessere globale Gouvernanz

- Die Schweiz unterstützt die laufenden Bestrebungen auf internationaler Ebene, die UNO-Vertragsorgane und den Europarat zu stärken sowie deren Kontrollmechanismen für die Umsetzung internationaler Menschenrechtsübereinkommen effizienter zu machen.
- Die Schweiz setzt sich für die Korruptionsbekämpfung ein. Sie wird die vom Bundesrat aufgrund des ihm vorgelegten Korruptionsberichts 2014 beschlossenen Massnahmen umsetzen.*
- Die Schweiz setzt bei ihrer Aussenpolitik auf Exzellenz und auf ihre Stärken in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Die gemeinsam mit dem WBF erarbeitete Strategie 2013 des EDA wird umgesetzt.

Menschenrechte

- Das EDA engagiert sich auf bilateraler und multilateraler Ebene in internationalen Gremien für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowie für die Umsetzung der internationalen Verträge und Verpflichtungen und setzt Schwerpunkte mit Initiativen in Bereichen, in welchen ein verbesserter Schutz nötig ist.*
- Umsetzung der Menschenrechtsstrategie 2013–2016, insbesondere Umsetzung der Strategie zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe 2013–2016 sowie Verabschiedung und Umsetzung der Schweizer Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidigern.
- Erarbeitung der Schweizer Strategie zur Umsetzung der UNO Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte. Verstärktes Engagement im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte, namentlich mit der Umsetzung der diese Thematik betreffenden Empfehlungen des Grundlagenberichts Rohstoffe vom 27. März 2013 und mit dem erfolgreichen Abschluss der Präsidentschaft der Initiative «Voluntary Principles on Security and Human Rights» im Bereich des Rohstoffabbaus.
- Der Bericht über eine Strategie zur Umsetzung des Rahmenwerks «Protect, Respect, Remedy» (in Erfüllung des Po. von Graffenried 12.3503) ist verabschiedet.*
- Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur UNO Sicherheitsratsresolution 1325 («Frauen, Frieden und Sicherheit») und Koordination der entsprechenden interdepartementalen Mechanismen.

Ziel 5: Ausbau der Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen, reisen oder im Ausland in Not geraten sind, sowie gezielte Gefahrenprävention

- Der Bundesrat wird 2014 punktuelle Anpassungen im Aussennetz prüfen.*
- Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Aussenministerien von gleichgesinnten Ländern beim Betrieb des Vertretungsnetzes wird angestrebt. Die Errichtung von Vertretungen an gemeinsamen Standorten mit Partnerländern ermöglicht es der Schweiz, ihr Aussennetz an gewissen Standorten kostengünstig abzurunden.
- Der Bericht zur Unterstützung für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland (in Erfüllung des Po. Abate 11.3572) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- Strategische Partnerschaften mit befreundeten Staaten im Bereich der konsularischen Geschäftstätigkeit und im Bereich des Krisenmanagements sind weiter ausgebaut.

Ziel 6: Realisation von Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie Landeskommunikation 2012–2015

- Das House of Switzerland an den Olympischen Spielen 2014 in Sotschi positioniert die Schweiz und präsentiert sie mit ihren Stärken wie Innovationskapazität und Kreativität einer breiten internationalen Öffentlichkeit.

Departement des Innern

Ziel 1: Förderung der Gesundheit und Prävention

- Die Vernehmlassung zu einem neuen Tabakproduktegesetz ist eröffnet.*
- Die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung und Schall ist eröffnet.*
- Der Bericht zur Medikamentenabhängigkeit und zur Bedeutung der Medikamente als «smart drugs» (Bericht in Erfüllung der Postulate 09.3665 Fehr Jacqueline, 13.3012 SGK-NR und 13.3157 Ingold sowie der Motion 13.3013 SGK-NR) ist verabschiedet.*
- Die Eckwerte der nationalen Strategie «Nichtübertragbare Krankheiten 2020» sind festgelegt. Sie bilden die Grundlage für die Erarbeitung von konkreten Handlungsfeldern und Massnahmen.
- Das Konzept zur Verbesserung der Situation von Menschen mit seltenen Krankheiten ist erstellt.
- Die notwendigen tarifarischen Anpassungen im Rahmen des Masterplanes «Hausarztmedizin und medizinische Grundversorgung» treten in Kraft.
- Der Bericht betreffend die Stärkung der Patientenrechte (in Erfüllung der Po. Kessler 12.3100, Gilli 12.3124 und Steiert 12.3207) ist verabschiedet.*

Ziel 2: Förderung von Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

- Die Botschaft zur Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes im Zusammenhang mit der Erleichterung von grenzüberschreitenden Kooperationsobjekten im Gesundheitsbereich ist verabschiedet.*
- Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes im Zusammenhang mit der Steuerung des ambulanten Bereichs ist eröffnet.*
- Der Vernehmlassungsbericht zum Bundesgesetz zur Stärkung der Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- Der Vernehmlassungsbericht zum Gesundheitsberufegesetz ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- Der Bericht über Massnahmen zur Unterstützung und Entlastung von pflegenden Angehörigen ist verabschiedet.*
- Die Revisionen der Verordnungen über die Krankenversicherung und der Krankenpflege-Leistungsverordnung zur Preisfestsetzung für Arzneimittel der Spezialitätenliste ab dem Jahr 2015 sind verabschiedet.
- Der Bericht zur Positionierung der Apotheken in der Grundversorgung (in Erfüllung des Po. Humbel 12.3864) ist verabschiedet.*

Ziel 3: Vertiefung der Beziehungen mit der EU im Gesundheitsbereich

- Die Verhandlungen im Bereich Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit sind weitergeführt.*
- Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit sind aufgenommen.*

Ziel 4: Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke

- Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen; die Botschaft zur Reform der Altersvorsorge ist verabschiedet.*
- Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV» ist verabschiedet.*
- Verschiedene Verordnungsanpassungen in der Invalidenversicherung, u.a. zur Optimierung der Durchführung, Steuerung und Kontrolle sowie zur Anpassung an die Rechtsprechung des Bundesgerichts, sind verabschiedet.*
- Der Bericht «Ergänzungsleistungen zur AHV/IV: Kostenentwicklung und Reformbedarf» (in Erfüllung der Po. Humbel 12.3602, Kuprecht 12.3673 und FDP-Liberale Fraktion 12.3677) ist verabschiedet.*
- Der Bericht «Angemessene berufliche Vorsorge auch für Angestellte in Berufen mit typischerweise mehreren Arbeitgebern» (in Erfüllung des Po. Fetz 12.3318) ist verabschiedet.*

Ziel 5: Bekämpfung der Armut

- Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» ist verabschiedet.*

Ziel 6: Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes

- Die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur Teilnahme am EU MEDIA Programm 2014–2020 ist verabschiedet.*
- Die Vernehmlassung zur Kulturbotschaft 2016–2019 ist eröffnet.*
- Die Verordnung zum Bundesgesetz über die Vermittlung der schweizerischen Bildung im Ausland ist verabschiedet.

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

- Der Bundesrat hat den kombinierten vierten und fünften periodischen Staatenbericht der Schweiz zum Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 (CEDAW) genehmigt.*
- Die Anzahl Kontrollen im Beschaffungswesen betreffend Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit ist erhöht, und die Einführung eines Lohngleichheitsattests für das Beschaffungswesen wird im Rahmen einer Arbeitsgruppe geprüft.
- Der Stand der Umsetzung des Aktionsplans «Gleichstellung von Frau und Mann» ist überprüft (Antwort auf Ip. Aubert 12.3109), und die Ergebnisse sind veröffentlicht.

Ziel 8: Stärkung der Lebensmittelsicherheit und der Tiergesundheit

- Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat sich als neues Amt etabliert und tritt nach innen und aussen als Einheit auf.
- Die Anhörung zu den Ausführungsbestimmungen zum revidierten Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände ist durchgeführt.
- Die Anhörung zur Revision der Verordnungen über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten ist durchgeführt.

Ziel 9: Institutionelle Stärkung und thematische Weiterentwicklung der Bundesstatistik

- Die Revision des Anhangs der Statistikerhebungsverordnung ist verabschiedet.
- Im Hinblick auf das kommende Mehrjahresprogramm 2015–2019 sind die strategischen Leitlinien erarbeitet. Zudem ist eine Auslegeordnung zum Statistiksystem Schweiz ausgearbeitet, und eine erste Analyse des möglichen Anpassungsbedarfs ist durchgeführt.

Ziel 10: Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten

- Das Open Government Data Pilotportal (opendata.admin.ch) wird weitergeführt und ausgewertet. Die Entscheidgrundlagen (Betriebs- und Finanzierungskonzept, Datenmodell) für einen dauerhaften Betrieb einer OGD Plattform liegen vor.
- Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Meteorologie und Klimatologie (MetG) betreffend den freien Zugang zu Meteodaten ist durchgeführt, und die Botschaft verabschiedet.*

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Asylgesetzes (Neustrukturierung des Asylbereichs) verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien (Protokoll III) verabschiedet.*
- Der Bericht der Expertengruppe zu Schutzmassnahmen für Arbeiterinnen im Rotlichtbereich liegt vor und dient als Entscheidungsgrundlage namentlich in Bezug auf die Weiterführung/Abschaffung des Cabaret-Statuts.
- Die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ist verabschiedet.*

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA (Strafregistergesetz) verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Totalrevision des Ordnungsbussengesetzes verabschiedet.*
- Der Bericht zur Überprüfung des Straf- und Massnahmenvollzuges in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Amherd 11.4072) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat den Aktionsplan «Integrierte Grenzverwaltungsstrategie» verabschiedet.*
- Das Konzept zur Analyse von Risiken in den Bereichen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zwecks Formulierung risikobasierter Empfehlungen ist fertiggestellt und in die Arbeiten der interdepartementalen Arbeitsgruppe des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung eingeflossen.
- Das Konzept und ein Entwurf für die rechtliche Ausgestaltung des künftigen elektronischen staatlichen Identifikationsmittels (eID), das zusammen mit der neuen Identitätskarte angeboten werden soll, sind dem Bundesrat vorgelegt.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität verabschiedet.*
- Die Zusatzvereinbarung zur Beteiligung der Schweiz an der IT-Agentur im Rahmen von Schengen-Dublin ist vom Bundesrat unterzeichnet.*
- Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Korruptionsstrafrecht) verabschiedet.*
- Die Botschaft zur Ausdehnung der Rechtshilfe bei Fiskaldelikten ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- Die Evaluationsberichte in den Bereichen Visa und Grenze sind erstellt.
- Die Verhandlungen über eine Zusatzvereinbarung zur Übernahme der Rechtsgrundlagen des ISF (Internal Security Fund) sind abgeschlossen.
- Der Bundesrat hat die allfällige Aufnahme von Verhandlungen mit der EU zur Teilnahme der Schweiz an der Prümer Zusammenarbeit (vereinfachter und verstärkter Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden) entschieden.*
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Änderungsprotokoll Nr. 15 und Zusatzprotokoll Nr. 16 zur EMRK verabschiedet.*

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- Der Bundesrat hat den Bericht zu einem zeitgemässen und kohärenten Zivil- und Familienrecht (in Erfüllung des Po. Fehr 12.3607) verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Modernisierung des Erbrechts) eröffnet.*
- Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum neuen Geldspielgesetz Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und der Bundesverfassung (Vorprüfung von Volksinitiativen und Erweiterung der materiellen Schranken von Verfassungsrevisionen) Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

- Der Bericht zu mehr Transparenz im Schweizer Rohstoffsektor (in Erfüllung des Po. APK-N 13.3365) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- Der rechtsvergleichende Bericht zu mehr Sorgfaltsprüfung bezüglich Menschenrechten und Umwelt im Zusammenhang mit Auslandsaktivitäten von Schweizer Konzernen (in Erfüllung des Po. APK-N 12.3980) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- Die Vernehmlassung über die Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung der Änderung des Markenschutzgesetzes und des Bundesgesetzes über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen (Swissness-Vorlage) ist durchgeführt.
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Obligationenrechts (Aktienrecht inkl. Umsetzung Abzockerei) eröffnet.*
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller) eröffnet.*

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

- Der Bundesrat hat den Bericht über die Bekämpfung der Lohndiskriminierung zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Umsetzung des Armeeberichts 2010 und Weiterentwicklung der Armee

- Die Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee ist verabschiedet.*
- Die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung des Armeeberichts sind, basierend auf den Handlungsrichtlinien und Eckwerten von Bundesrat und Parlament, geschaffen.

Ziel 2: Stärkung der unternehmerischen Führung im Departement

- Die betriebswirtschaftliche Führung und Steuerung wird gemäss Vorgaben des Chefs VBS umgesetzt. Insbesondere die Vorgaben zur Führung und Steuerung von Projekten werden konsequent angewendet.
- Das Konzept der betriebswirtschaftlichen Steuerung im Bereich Verteidigung wird umgesetzt.
- Die IKT Betriebskosten sind nachweislich weiter gesenkt.

Ziel 3: Sicherheitspolitik und Umsetzung Sicherheitsverbundsübung 2014

- Die Sicherheitsverbundsübung 2014 ist erfolgreich durchgeführt und die Auswertung eingeleitet.
- Die Massnahmen zur Umsetzung der Cyber Defense Strategie Bund im VBS sind festgelegt, und deren Umsetzung ist eingeleitet.

Ziel 4: Weiterentwicklung Bevölkerungsschutz, Zivilschutz und Kulturgüterschutz

- Die Verordnung zum Kulturgüterschutz sowie die Zivilschutzverordnung sind verabschiedet.
- Die Konzeptentwürfe zur Umsetzung der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ sind erarbeitet.

Ziel 5: Sportförderung und Anpassung von Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

- Das Leistungssportkonzept ist verabschiedet.*
- Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport (IBSG) ist verabschiedet.*
- Die Standortevaluation zur Errichtung des Nationalen Schneesportzentrums ist abgeschlossen.

Ziel 6: Rechtsgrundlagen des NDB und Umsetzung der Massnahmen zur Verbesserung der Informatiksicherheit und des Risikomanagements im NDB

- Die Umsetzung der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Zuständigkeiten im Bereich des Zivilen Nachrichtendienstes (ZNDG) ist sichergestellt.
- Die durch den Bundesrat beauftragten Massnahmen zur Verbesserung der Informatiksicherheit und des Risikomanagements (basierend auf den Empfehlungen der Geschäftsprüfungsdelegation) sind gemäss Zeitplan umgesetzt.

Finanzdepartement

Ziel 1: Wahrung des Gleichgewichts des Bundeshaushalts

- Die Botschaft zur Optimierung des Rechnungsmodells des Bundes (NRM) ist verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat, im Hinblick auf die Legislaturplanung, eine finanzielle Standortbestimmung vorgenommen und erste Eckwerte für die finanzpolitischen Prioritäten für die Jahre 2016–2024 festgelegt.*

Ziel 2: Standortattraktivität und Stabilität des Finanzplatzes

- Nach der Verabschiedung des Verhandlungsmandats durch den Bundesrat im Herbst 2013 hat der Bundesrat im Jahr 2014 Kenntnis genommen von den Fortschritten, Zwischenergebnissen und – wenn bereits vorliegend – vom Endergebnis der Verhandlungen mit der EU zur Anpassung des bilateralen Zinsbesteuerungsabkommens, in dessen Rahmen auch die Frage des Marktzugangs behandelt wurde.*
- Der Bundesrat hat auf der Grundlage der wichtigsten Entwicklungen der internationalen Finanzmarktregulierung (insbesondere in der EU) über bilaterale Vereinbarungen mit wichtigen Partnern zur Erhaltung und Verbesserung des Marktzugangs im Finanzdienstleistungsbereich und zur vertieften Kooperation im Finanzbereich entschieden.*
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Finanzmarktinfrastrukturgesetz verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Finanzdienstleistungsgesetz verabschiedet.*

Ziel 3: Attraktivität und Glaubwürdigkeit des schweizerischen Steuersystems

- Die OECD entwickelt zurzeit einen globalen Standard im Bereich des automatischen Informationsaustauschs bei der Steueramtshilfe. Die Schweiz hat sich aktiv an den Diskussionen beteiligt und ihre Anliegen eingebracht. Der Bundesrat hat seine Handlungsdirektiven festgelegt.*
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Ratifikation der multilateralen Konvention der OECD und des Europarates über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat weitere Doppelbesteuerungsabkommen gemäss OECD-Standard unterzeichnet und rund acht Botschaften zu bereits unterzeichneten Abkommen verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat weitere Informationsaustauschabkommen (Tax Information Exchange Agreements, TIEAs) genehmigt, die den Informationsaustausch in Steuersachen zwischen den Partnerstaaten (gemäss OECD-Standard) regeln.*

- Der Bundesrat hat Kenntnis genommen von den Ergebnissen des Dialogs mit der EU zur Unternehmensbesteuerung und hat, sofern nötig, seine Haltung dazu präzisiert. Die Abstimmung zwischen dem Dialog mit der EU und der Unternehmenssteuerreform III ist sichergestellt.*
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform III eröffnet.*
- Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Steuerstrafrechts und die Botschaft verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes eröffnet.*
- Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zu einer Revision der Quellenbesteuerung Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.*
- Gestützt auf die Ergebnisse der 2013 durchgeführten Konsultation hat der Bundesrat die Eckwerte der Vernehmlassungsvorlage zu einem Energielenkungssystem mit einer Energieabgabe festgelegt. Ende 2014 hat er die Vorlage in die Vernehmlassung geschickt.*
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat den Bericht «Erodiert die Mittelschicht?» (in Erfüllung des Po. Leutenegger Oberholzer 10.4023) verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat den Bericht zur Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Fehr 10.4046) verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat den Bericht zu steuerlichen Fördermassnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung (in Erfüllung des Po. WAK-N 10.3894) verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat den Bericht zur Verbesserung der Steuerstatistik der Unternehmensbesteuerung (in Erfüllung des Po. Fässler 12.3821) verabschiedet.*

Ziel 4: Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA)

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum zweiten Wirksamkeitsbericht betreffend die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) durchgeführt und die Botschaft zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs zwischen Bund und Kantonen für die Beitragsperiode 2016–2019 verabschiedet.*
- Der Bundesrat hat einen Bericht betreffend die Überprüfung der Einhaltung der NFA-Prinzipien (in Erfüllung des Po. Stadler 12.3412) verabschiedet.*

Ziel 5: Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

- Die Leistungsgruppen des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (NFB) sind für eine allfällige Konsultation bereit. Für jede Leistungsgruppe sind Grundauftrag, Ziele, Messgrössen und Soll-Werte sowie Kennzahlen und Kontextinformationen festgelegt.

Ziel 6: Beschaffungswesen

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) eröffnet.*
- Das Vertragsmanagementinstrument in der Bundesverwaltung (Verwaltung von Verträgen und automatisierte Auswertung für das Beschaffungscontrolling des Bundes) ist — mit Ausnahme des VBS — in allen Departementen erfolgreich eingeführt. Die elektronische Datenbasis für das bundesweite Beschaffungscontrolling ist geschaffen.

Ziel 7: Informations- und Kommunikationstechnik

- Gestützt auf den Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats «Open Government Data» vom Herbst 2013 hat der Bundesrat im ersten Halbjahr 2014 eine Strategie zu Open Government Data verabschiedet. Bis Ende 2014 ist ein Konzept inkl. Masterplan für eine koordinierte Umsetzung von Open Government Data vom Bundesrat verabschiedet.*
- Der IKT-Standarddienst Büroautomation/Unified Communication & Collaboration ist operationell (Prozesse sind definiert und eingeführt, die Rollen sind im ISB operativ). Eine erste Version des Produkte- und Servicekatalogs für IKT-Standarddienste steht zur Verfügung, und die Migrationsprojekte für das EDA und das WBF sind gestartet (EDA: Initialisierungsphase ist abgeschlossen; WBF: Konzeptphase ist abgeschlossen).
- Internetauftritt der Bundesverwaltung: Die ersten Massnahmen zur Ablösung des sich am Ende des Lebenszyklus befindenden CMS Produkts «Imperia» durch das Projekt cms.nextgen sind umgesetzt. Die Plattform ist in Betrieb, und die fünf ersten Webauftritte (BIT-Auftritte ausgenommen) auf der neuen Plattform sind in Produktion.

Ziel 8: Personalstrategie und Gesundheitsmanagement in der Bundesverwaltung

- Der Bundesrat hat – in Umsetzung der «Personalstrategie Bundesverwaltung 2011–2015» – die Kurse festgelegt, welche vom Kader obligatorisch zu besuchen sind.*
- Mit dem «Konzept Betriebliches Gesundheitsmanagement» werden die Grundlagen gelegt, um bundesweit die Bereiche Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, den betriebsärztlichen Dienst und die Gesundheitsförderung zu installieren und zu festigen. Ende 2014 liegen die erarbeiteten Grundlagen und Lösungen vor und sind von der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) zertifiziert.

Ziel 9: Teilrevision des Zollgesetzes

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Zollgesetzes verabschiedet.*

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Stärkung der Bundesaktivitäten im BFI-Bereich und Gewährleistung der hohen Qualität und des international guten Rufes des schweizerischen Hochschulsystems und der Forschung

- Die strategischen Grundsätze für die Erarbeitung der BFI-Botschaft 2017–2020 liegen auf Stufe Departement vor, die Vorbereitungsarbeiten sind abgeschlossen, und der Bericht zu den identifizierten Optimierungspotenzialen der KTI (in Erfüllung der Mo Gutzwiller 11.4136) ist verabschiedet.*
- Die Lancierung von neuen Nationalen Forschungsprogrammen (NFP) ist erfolgt, und die 4. Serie der Nationalen Forschungsschwerpunkte wird gestartet.
- Die drei Botschaften über die Ausgestaltung des Innovationsparks Schweiz, über die Beteiligung der Schweiz an Forschungsinfrastrukturen mit EU-Rechtsrahmen ERIC sowie über die Beteiligung der Schweiz am Betrieb, inkl. Bauphase 2, der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage (European XFEL) sind verabschiedet.*
- Die Schweiz ist neu Mitglied der COST Association.*

Ziel 2: Förderung des Nachwuchses für qualifizierte Fachkräfte in Wissenschaft und Wirtschaft und Verbesserung der Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen

- Massnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz werden mit den zuständigen Stellen abgesprochen (auf der Basis des Berichtes zur Beantwortung des Po WBK-S 12.3343), direkt umsetzbare Massnahmen zur Verbesserung der akademischen Nachwuchsförderung eingeleitet und weitere Massnahmen zur Stärkung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Hinblick auf die BFI-Botschaft 2017–2020 konkretisiert.
- Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe ist zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.*
- Im Bereich der Höheren Berufsbildung sind bei der Frage der Titelbezeichnungen Grundsatzentscheide zur Finanzierung im Hinblick auf die nächste BFI-Botschaft 2017–2020 gefällt.
- Im Bereich der beruflichen Grundbildung für Erwachsene werden bestehende Angebote analysiert, und Potenzial für die Weiterentwicklung wird aufgezeigt.*

Ziel 3: Festigung und weiteres Wachstum der schweizerischen Wirtschaft in allen ihren Segmenten durch bestmögliche Rahmenbedingungen

- Überprüfung, Auswertung und Evaluation der Wachstumspolitik (2015–2019) sind erfolgt, und die konzeptuellen Grundlagen für eine langfristige Wirtschaftspolitik sind erarbeitet.
- Die Vernehmlassung für das Rahmengesetz für Ladenöffnungszeiten (Montag bis Samstag) ist abgeschlossen und die Botschaft redigiert.*
- Die Schwarzarbeit wird durch gezielte Aufträge des Bundesrates zur Verbesserung der Wirkungsweise des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) bekämpft.
- Die Revision des Bundesgesetzes über die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERVG) ist erfolgt.*
- Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung ist verabschiedet.*
- Bereinigung auf Stufe WBF der Botschaft Standortförderung 2016–2019 (Mehrjahresprogramm Neue Regionalpolitik, Tourismuspolitik, Exportförderung und Standortpromotion, KMU-Politik).

Ziel 4: Weiterentwicklung der Agrarpolitik in Richtung einer integralen Politik für die Land- und Ernährungswirtschaft

- Die Grundzüge der agrarpolitischen Agenda für die Zeit nach 2017 und die Grundsätze für die landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen 2018–2021 werden verabschiedet.*
- Für den Aussenhandel im Bereich Land- und Ernährungswirtschaft (Motion WAK-N 12.3665 Milchmarkt, Verhandlungen mit der EU und Ländern ausserhalb der EU) liegt ein angepasstes Konzept vor.* Die vom Parlament in Auftrag gegebenen Arbeiten (Po. Leo Müller 12.3906 Bemessung der Standardarbeitskräfte, Po. Tiana Angelina Moser 12.3299 Aktionsplan zur Risikominimierung und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitten, Mo. UREK-N 13.3372 Nationaler Massnahmenplan zur Gesundheit der Bienen, Mo. WBK-N 13.3367 Massnahmenpaket zum Schutz der Bienen) werden ziel- und fristgerecht erledigt.

Ziel 5: Festigung der Position im internationalen Kontext und in den multilateralen Institutionen sowie Beitrag zur Bewältigung der Armutsprobleme und zur Minderung globaler Risiken

- Die Verhandlungsposition der Schweiz in der neuen UNO-Agenda für nachhaltige Entwicklungsziele (post-2015) ist definiert,* und die Empfehlungen der OECD/DAC Peer Review werden umgesetzt.
- Das Engagement der Schweiz in den Entscheidorganen internationaler Finanzinstitutionen, insbesondere in der Weltbank und in der EBRD (European Bank for Reconstruction and Development), wird konsolidiert.*
- Verabschiedung der Botschaft zur Ratifikation und Umsetzung des Arms Trade Treaty ATT.*

Ziel 6: Sicherung der Multilateralen Handelsordnung und Stärkung der WTO

- Die Schweiz setzt die Ergebnisse der 9. WTO-Ministerkonferenz in Bali um und beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung eines WTO-Arbeitsplanes im Hinblick auf den Post-Bali-Prozess, einschliesslich Weiterführung der Bemühungen für den Abschluss von Verhandlungsthemen, die in Bali im Dezember 2013 nicht abgeschlossen werden konnten.*
- Die Schweiz setzt sich für die Konsolidierung des WTO-Acquis sowie für die Aufnahme weiterer Mitglieder in die WTO ein.*
- Bei der Aushandlung plurilateraler Abkommen ist die Kohärenz mit dem multilateralen Welthandelssystem sicherzustellen.*

Ziel 7: Verstärkung der Freihandelspolitik ist durch den Ausbau und die Weiterentwicklung des Netzes von Freihandelsabkommen verstärkt

- Das bilaterale Freihandelsabkommen Schweiz-China und die EFTA-Freihandelsabkommen mit Bosnien und Herzegowina sowie mit den zentralamerikanischen Staaten sind ratifiziert und in Kraft getreten.*
- Die Verhandlungen über die EFTA-Freihandelsabkommen mit Indien, mit den Staaten der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan und mit Indonesien sind abgeschlossen.*
- Die Verhandlungen zu einem EFTA-Freihandelsabkommen mit Vietnam befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium*, die Verhandlungen zu einem EFTA-Freihandelsabkommen mit Malaysia, mit Thailand und mit Algerien sind (wieder) aufgenommen.*
- Die möglichen Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA auf die Schweiz werden analysiert, und ein handelspolitischer Dialog zwischen den EFTA-Staaten und den USA ist aufgenommen.

Ziel 8: Beitrag zur Sicherung und Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-EU

- Das gute Funktionieren des Freihandelsabkommens Schweiz-EU von 1972 wird überwacht.
- Die Verhandlungen im Zusammenhang mit REACH sind erfolgversprechend angelaufen, und die Schweiz beteiligt sich aktiv an den Diskussionen zu einem Abkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich, insbesondere in Bezug auf die für die Lebensmittelindustrie relevanten Zölle und auf die nichttarifären Aspekte.*
- Die Botschaft zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien (Protokoll III) ist verabschiedet.*
- Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft über den Beitrag der Schweiz zugunsten von Kroatien zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten in der erweiterten EU.*

Ziel 9: Optimierung der Wohnungspolitik

- Die Beschlüsse des Bundesrates vom 15. Mai 2013 zur Wohnungspolitik werden umgesetzt:
  - die Frage des regionalen Handlungsbedarfs ist im Dialog mit den Kantonen und Städten geklärt, allfällige Handlungsoptionen sind geprüft und gegebenenfalls Anträge unterbreitet.
  - allfällige Verbesserungen im Mietrecht sind geprüft, und gegebenenfalls ist eine Vernehmlassung zu einer Änderung der Gesetzesgrundlagen (OR) eröffnet.

Ziel 10: Optimierung des Vollzuges des Zivildienstes

- Die Botschaft zur Revision der Gesetzgebung des Zivildienstes ist verabschiedet*, und der dritte Bericht Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst liegt dem Bundesrat und der Sicherheitspolitischen Kommission vor.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Sicherstellung der Energieversorgung der Schweiz und schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie

- Die Vernehmlassung zur Strategie Stromnetze ist eröffnet.*
- Die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung (Stromeffizienz-Initiative)» ist verabschiedet.*
- Die Botschaft zum Strom- bzw. Energieabkommen mit der EU ist verabschiedet.*
- Die Revision der Verordnung über den Stilllegungsfonds und den Entsorgungsfonds für Kernanlagen sowie die Teilrevision und die Totalrevision der Kernenergiehaftpflichtverordnung sind verabschiedet.
- Die Revisionen der Energieverordnung (Umsetzung der parlamentarischen Initiative 12.400 «Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher» auf Verordnungsstufe, Vorschriften Elektrogeräte) sind verabschiedet.

Ziel 2: Finanziell solide und funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur sowie gestärkte Organisation des öffentlichen Verkehrs

- Die Botschaft zur Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), zur Schliessung der Finanzierungslücke und zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrasse ist verabschiedet.*
- Die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2015 für das Programm Agglomerationsverkehr ist verabschiedet.*
- Die Zweite Programmbotschaft zur Beseitigung von Engpässen auf dem Nationalstrassennetz ist verabschiedet.*
- Die Botschaft zur Totalrevision des Gütertransportgesetzes und Gesamtkonzeption zur Förderung des Schienengüterverkehrs in der Fläche ist verabschiedet.*
- Die Vernehmlassung zur Organisation der Bahninfrastruktur ist eröffnet.*
- Die Botschaft zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes ist verabschiedet.*
- Die Anpassungen und Ergänzungen 2012 zum Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Schiene, sind verabschiedet.
- Die Vernehmlassung zur Änderung des Binnenschifffahrtsgesetzes ist eröffnet.
- Die Realisierung des 6-Spur-Ausbaus zur Engpassbeseitigung zwischen Härkingen und Wiggertal (N1) und Planungsarbeiten zur Engpassbeseitigung bei der Nordumfahrung Zürich (N1) und bei Crissier (N1) sowie zum Neubau einer zweiten Tunnelröhre (ohne Kapazitätserweiterung) durch den Gotthard sind gemäss Planung fortgeschritten.

Ziel 3: Internationale Erschliessung der Schweiz auf dem Luftweg sowie Rechts- und Planungssicherheit für die Schweizer Landesflughäfen

- Der Bundesrat hat einen Entscheid über einen zivilen Betrieb des Flugplatzes Dübendorf getroffen.*
- Die Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision II des Luftfahrtgesetzes ist vom Bundesrat verabschiedet.
- Das Verfahren für den zweiten Teil des Objektblatts für den Flughafen Zürich ist gestartet und der Entscheid über die Umsetzung der Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheitssituation auf dem Flughafen Zürich (Safety Survey) ist getroffen.
- Die Verordnung über das Abfliegen und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen (Aussenlandeverordnung) ist vom Bundesrat verabschiedet.
- Ein Konzept für Ausweich- und Ersatzstandorte für Schulungs-, General Aviation- und Businessflüge ist vorgelegt.

Ziel 4: Optimale Raum- und Bodennutzung sowie wirksamer Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz, langfristig gesicherte Versorgung der Schweiz mit natürlichen Ressourcen

- Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über Zweitwohnungen ist verabschiedet.*
- Die erste Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes, inklusive revidierte Ausführungsbestimmungen, ist in Kraft gesetzt und die Vernehmlassung zur 2. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes ist eröffnet.*
- Der Bericht zu einer umfassenden Politik des ländlichen Raumes ist verabschiedet.*
- Die Evaluation und Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik des Bundes ist verabschiedet.
- Die Botschaft zur Revision des Waldgesetzes in Umsetzung der Waldpolitik 2020 ist verabschiedet.*
- Der Aktionsplan zur Umsetzung der Strategie Biodiversität Schweiz ist verabschiedet.*
- Die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über die Enteignung ist eröffnet.
- Die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft) » inklusive Revision des Umweltschutzgesetzes als Gegenvorschlag ist verabschiedet.*
- Die Botschaft zur Ratifikation des revidierten Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen, betreffend Schwermetalle, ist verabschiedet.*

Ziel 5: Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen

- Die Botschaft zur Ratifikation eines bilateralen Abkommens mit der EU über die Verknüpfung des Emissionshandels ist verabschiedet.*
- Der Aktionsplan Anpassung an den Klimawandel ist verabschiedet.*

Ziel 6: Weiterentwicklung der Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Medienförderung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien

- Die Revisionen der Verordnungen über Fernmeldedienste und Adressierungselemente sowie über Internetdomänen sind verabschiedet.*
- Der Bericht über eine Gesamtschau der schweizerischen Medienlandschaft und ein Förderkonzept zur Stärkung der staats- und demokratiepolitischen Bedeutung der Medien sind verabschiedet.*
- Der Bericht über die Entwicklung des Roamings sowie über den Stand des Fernmeldemarktes (in Erfüllung des Po. KVF-SR 13.3009) ist verabschiedet.*
- Der Bericht über zukunftstaugliche Mobilfunknetze (in Erfüllung des Po. Noser 12.3580) ist verabschiedet.*
- Der Bundesrat ist über den Stand der Umsetzungsarbeiten zur Strategie Informationsgesellschaft Schweiz vom März 2012 informiert.

Ziel 7: Sicherstellung der Grundversorgung im Infrastrukturbereich

- Die Botschaft zur Volksinitiative «Pro Service Public» ist verabschiedet.*